

Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

POLITIK

Krieg als Vorsorgeprinzip

Wir müssen in Afghanistan bleiben - zum eigenen Schutz

* Josef Joffe *

Die Kritik am Krieg besteht gewöhnlich aus fünf Teilen: Was geht uns Afghanistan an? Wir kämpfen für die falschen Leute. Die öffentliche Meinung bei uns kippt. Wir können sowieso nicht gewinnen. Es wird schon nichts passieren.

Mit solchen Argumenten forderte Ulrich Ladurner vorige Woche in der ZEIT den Abzug binnen zweier Jahre. Unplausibel sind sie nicht. Afghanistan ist tatsächlich sehr weit weg. Karsai und Kollegen würde niemand als Schwiegersöhne nehmen; man weiß nicht, was schlimmer ist: ihre Korruption oder ihre Inkompetenz. Die Zustimmung im Westen bröckelt weg. Generäle malen die Niederlage an die Wand, um mehr Truppen zu kriegen. Wäre der Abzug ein Desaster? Denken wir an Vietnam, lautet der Trost; da purzelte kein einziger Dominostein in den Kommunismus.

So einfach ist das Nachdenken über den Krieg im 21. Jahrhundert nicht. Fast vorbei sind die Zeiten, da deutsche Bomber ein Land wie Polen zu vernichten suchten oder Nordkorea im Süden einfiel. Die Abwehr waren »Kriege der Notwendigkeit«, nicht der freien Wahl. Afghanistan aber passt nicht in dieses alte Raster. Die Bedrohung ist abstrakt, diffus und indirekt, aber nicht eingebildet, wie die Erfahrung mit den Taliban bei »9/11« zeigte - ganz abgesehen von ihrem Schreckensregiment.

Kämpft der Westen wirklich für die falschen Leute - die Millionen, die gegen den Terror der Taliban an die

Urnen gegangen sind? Wie viele Deutsche hätten 1949 unter ähnlich mörderischen Umständen gewählt? Kämpft der Westen für Drogenbarone mit Regierungsamt? Umgekehrt ist es richtiger. Der Chef der UN-Drogenbehörde Undoc: »Die Taliban und andere Antiregierungskräfte verdienen gewaltig am Drogenhandel« - bis zu 400 Millionen Dollar.

Der »Terrorist als Gangster« ist inzwischen eine alte Geschichte; umso weniger möge man die Taliban als selbstlose Glaubenskämpfer gegen die Besatzer verklären. Trotzdem: Was geht uns das an? Einmal wegen gestern - als die Taliban ihr Land an al-Qaida verpachteten. Zum Zweiten wegen morgen. Realpolitisch gestählte Seelen mögen den totalitären Islamismus als üblen, aber unabänderlichen »kulturellen Unterschied« wegerklären, aber in Afghanistan wurde 2007 zum Frommen der Taliban mehr Schlafmohn (Opium) angebaut als in irgendeiner anderen Region der Welt. Heroin satt geht den Rest der Welt sehr wohl etwas an.

Ist Heroin aber auch ein strategisches Problem, das den Militäreinsatz lohnt? Wohl nicht. Was dann? Kehren wir zum Begriff der »abstrakten, diffusen und indirekten Bedrohung« zurück. Solche Gefahren mobilisieren zu Recht das Vorsorgeprinzip - wie bei Erderwärmung, Pandemien, die noch keine sind, Ressourcenschwund, Aids. Für all diese Gefahren gilt: jetzt agieren,

um Schlimmeres zu verhindern. Das lassen wir uns Milliarden kosten. Warum nicht das Vorsorgeprinzip auch in Afghanistan walten lassen?

Denn: Wir wollen dort keine neue Terrorbasis. Wir wollen nicht das Übergreifen auf Pakistan, wo inzwischen die Militärs erkannt haben, dass ihre alten Taliban-Freunde das eigene Land bedrohen. Wir wollen nicht, dass Afghanistan zum Spielball benachbarter Mächte wie Russland, Indien oder Iran wird. Wir wollen vor allem nicht, dass Taliban und Islamisten insgesamt einen Sieg davontragen, der sie zu neuen Abenteuern animiert (das nennt man »Abschreckung«).

Dass diese Ziele legitim sind, bestreiten nicht einmal Kriegsgegner. Die Frage ist immer eine praktische: Was kostet es an Blut und Gut? Wie hoch sind die Erfolgchancen? Wie unser demokratisches Staatsvolk bei der Stange halten? Der westliche Mensch akzeptiert offenbar nur Kriege, die für ihn blutlos, kurz und siegreich sind. Aber ganz so simpel sind die Umfragen doch nicht. Die jüngsten Zahlen aus Amerika besagen zwar, dass zweimal mehr Menschen den Sieg bezweifeln, als ihn erwarten. Aber 40 Prozent sind sich »nicht sicher«. War's ein Fehler, Truppen zu entsenden? Ja, 31 Prozent. Nein, 49 Prozent. Das Bild ist so diffus wie die Bedrohung.

Was folgt daraus? Bestimmt nicht, dass der Westen zur Niederlage verdammt ist, sondern dass wie in allen Kriegen Mittel und Zweck

Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

nachhaltig verknüpft werden müssen. Ein Blinder, wer behauptet, dass diese Relation wie während des schnellen Sieges von 2002 auch heute gilt. Aber abziehen gilt nicht. Selbst eine Zweijahresfrist verheißt keine Erleichterung. Denn: Wissen die Afghanen erst, was ihnen blühen wird, werden sie schon jetzt die Unterwerfung unter die Taliban proben. Die »Fristenlösung« ist keine, wie die Amerikaner im Irak merken, nachdem sie sich in ihre Stützpunkte zurückgezogen haben.

Die Lehre besteht aus vielen Teilen. Wer A sagt (reingehen), muss sich auf B einstellen, auf eine lange Verweildauer (wie in Bosnien). Aus dem Einsatz mit offenem Ende folgt freilich nicht der Verzicht auf alle

Vorsorge; das würde jenen einen Blankoscheck ausstellen, die unsere Lebensart hassen und Terror und Tod einsetzen. Sehr wohl aber muss eine intelligente Kriegführung folgen, die Lichtjahre von der klassischen entfernt ist. Der Soldat muss Kämpfer und Polizist, Vertrauter und Versorger sein, Sicherheit bringen, ohne auf der Bevölkerung herumzutampeln. Er muss vor allem verlässlich sein - nicht morgens schießen und abends verschwinden. Der Befrieder darf nicht Besatzer sein.

Solche Kriege sind politischer als jeder klassische. Der Machtkampf gegen die Taliban wird eher durch Kugeln als durch Kugeln entschieden werden; dabei wird man sich auch mit unsympathischen

Genossen ins Bett legen müssen (Warlords), wenn das der Preis für stabile Verhältnisse ist, die wiederum Aufbau und Entwicklung befördern. Verhandelt wird auch mit Iran und Nordkorea.

Selbstverständlich muss diese Herkulesarbeit von einem nationalen Versöhnungsprozess überwölbt werden, der auch diverse Taliban-Truppen einbezieht, denen Stammesinteressen näher sind als der Koran. Hier wird der Soldat vollends zum Diplomaten. Aber besser jetzt als später. Denn Afghanistan ist nach Irak 2003ff. der zweite »klassische« Krieg des 21. Jahrhunderts.